

Arrêt du Tribunal fédéral sur les prescriptions controversées pour les monuments funéraires du cimetière Hünenberg/Zoug

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: Article

Zeitschrift: **Anthos : Zeitschrift für Landschaftsarchitektur = Une revue pour le paysage**

Band (Jahr): **15 (1976)**

Heft 4: **Friedhofskultur heute und morgen = Cimetières et civilisation aujourd'hui et demain = Cemetery culture : today and tomorrow**

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-134789>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Friedhofbildes erreicht werden, indem nur Materialien zugelassen sind, die für Friedhöfe besonders gut passen und ihnen als Stätten der Besinnung und Würde ein gediegenes Aussehen geben. Dass unter diesen Gesichtspunkten gewisse Materialien als Werkstoffe verboten werden, ist sinnvoll und nicht zu beanstanden. Es geht aber eindeutig zu weit und ist mit sachlichen Gründen nicht zu rechtfertigen, wenn man einerseits Grabmäler sogar aus Eisen und Guss zulässt, und andererseits Naturstein als Werkstoff verbietet. Es darf als bekannt vorausgesetzt werden, dass Natursteine seit Jahrtausenden sozusagen in allen Kulturkreisen als Grabmäler verwendet werden, und dass sich der Naturstein als Werkstoff für die handwerkliche und künstlerische Bearbeitung besonders eignet.»

Und schliesslich wird noch geltend gemacht, «dass die angefochtene Bestimmung die in Art. 31 der Bundesverfassung gewährleistete Handels- und Gewerbefreiheit verletzt, indem eine gewerbepolizeiliche Massnahme getroffen wird, welche die berufsmässig ausgeübte Erwerbstätigkeit der Mitglieder des beschwerdeführenden Verbandes ohne Grund einschränkt».

Antrag zur Abweisung der Beschwerde

Die Einwohnergemeinde Hünenberg stellte hierauf zuhauenden des Regierungsrates des Kantons Zug den Antrag zu Abweisung der Beschwerde. Zur Begründung dieses Antrages konnte unter anderem darauf hingewiesen werden, dass von den Mitgliedern des beschwerdeführenden Verbandes keines in Hünenberg wohnt, und dass die Behauptung, das angefochtene Reglement entziehe dem Verband bzw. seinen Mitgliedern praktisch die Existenzgrundlage, nicht überzeugen kann.

«In ästhetischer Hinsicht», so heisst es im Antrag zur Abweisung der Beschwerde weiter, «waren verschiedene Überlegungen massgeblich. Der Friedhof Hünenberg liegt in einer Waldecke. Es ist vorgesehen, die Konzeption des Waldfriedhofes auch dadurch weiterzuführen, dass der Friedhof mit einem relativ dichten Baumbestand versehen wird. Die Struktur des Geästes sollte in der Gestaltung der Gräber ihre Entsprechung darin finden, dass nur Materialien zugelassen sind, die eine feingliedrige Gestaltung der Grabmäler zulassen, eine Gestaltungsart somit, die mit Steindenkmälern nicht erreichbar ist. Der Friedhof ist zudem verhältnismässig klein, so dass eine ausserordentlich dichte Belegung festzustellen ist. Auch unter diesem Gesichtspunkt rechtfertigt sich ein Verzicht auf Steingrabmäler, da eine solche Massierung von Steingrabmälern verhindert werden soll. Durch eine derartige Massierung würde der Gesamteindruck eines Waldhaines zerstört. Es würden innerhalb dieses Waldfriedhofes Steinmauern entstehen. Zwar sind auch in einem Wald vereinzelt Steindenkmäler, wie sie seit alter Zeit bekannt sind, nicht störend; anders sieht es jedoch aus, wenn Steingrabmäler in einer Massierung auftreten, wie dies aufgrund des geplanten Ausbaues möglich wäre. — Es ist nicht willkürlich, Vorschriften zu erlassen, die eine gewisse Einheitlichkeit der äusseren Erscheinung und auch der inneren Geschlossenheit eines Friedhofes zum Zwecke haben.

Die Auffassung, das angefochtene Bestattungs- und Friedhofreglement habe einen gewerbepolizeilichen Zweck, ist abwegig. Die Art und Weise der Ausübung des Gewerbes der Steinmetze und anderer Grabmalkünstler wird nicht im geringsten reglementiert. Die genannten Vorschriften haben einzig den Zweck, eine ruhige, harmonische Friedhofgestaltung zu erreichen.

Nun ist es zweifellos richtig, dass die entsprechende Vorschrift, die ausschliesslich der Regelung einer Benutzung einer öffentlich-rechtlichen Anstalt in ästhetischer Hinsicht dient, eine wirtschaftspolitische Folge haben kann. Es handelt sich um eine unvermeidbare Begleiterscheinung der Benutzungsregelung. Eine solche wirtschaftspolitische Nebenfolge einer an-

derweitig begründeten Vorschrift schadet dieser jedoch nicht, sofern nicht diese unvermeidbare Begleiterscheinung derart intensiv ist, dass deren Folgen in keinem vernünftigen Verhältnis mehr zum Wert stehen, der durch die erlassene Regelung erreicht werden soll. Die Beschwerdeführerin hat zwar behauptet, das angefochtene Reglement gefährde die Existenzgrundlage der schweizerischen Bildhauer und Steinmetzmeister. Das Argument ist, auf den konkreten Fall bezogen, nicht haltbar. Dagegen leuchtet ein, dass, wenn die überwiegende Mehrheit der schweizerischen Gemeinden dem Beispiel Hünenbergs folgen würde (was kaum anzunehmen ist), der Bedarf nach Steinmetzarbeit zurückgehen würde. Dies ist aber in Kauf zu nehmen und verletzt kein rechtlich schützenswertes Interesse. Die Steinmetze sind ja wegen der Grabmäler und Friedhöfe da und nicht umgekehrt die Grabmäler und Friedhöfe der Steinmetzen wegen.»

Stellungnahme des Regierungsrates des Kantons Zug

Der Regierungsrat des Kantons Zug, der jedes gemeindliche Reglement zu genehmigen hat, schloss sich im wesentlichen den Argumenten des Verbandes Schweizerischer Bildhauer und Steinmetzmeister an und genehmigte das Friedhofreglement nur mit dem Vorbehalt, dass der Ausschluss von Naturstein als Werkstoff fallen zu lassen sowie die Beschränkung auf die Kreuzform aufzugeben sei.

Die Einwohnergemeindeversammlung vom 23. Juni 1975 ermächtigte hierauf den Einwohnerrat der Gemeinde Hünenberg gegen diesen regierungsrätlichen Entscheid vom 22. November 1974 beim Schweizerischen Bundesgericht wegen Verletzung der Gemeindeautonomie Beschwerde zu führen.

Urteil des Bundesgerichts

Mit Urteil vom 5. November 1975 wies das Bundesgericht die gemeindliche Beschwerde ab und stellte fest, dass der Beschluss des Regierungsrates die Autonomie der Gemeinde Hünenberg nicht verletze. In seinem Urteil wies das Bundesgericht darauf hin, dass der Einwohnergemeinde Hünenberg das Recht zustehe, der Eigenart des Friedhofes angepasste Höchstmasse für Grabsteine vorzuschreiben, die Verwendung von Steinarten zu verlangen, die in unserer Gegend heimisch sind, sowie gewisse einfache Grundformen festzulegen und unnatürlich wirkende Bearbeitungstechniken auszuschliessen.

Das Bundesgericht beruft sich in seinem Entscheid unter anderem auf Art. 49 Abs. 2 der Bundesverfassung, der die Unverletzlichkeit der Glaubens- und Gewissensfreiheit gewährleistet. In der Vorschrift der Kreuzform erblickt das Bundesgericht bereits eine Verletzung der Glaubensfreiheit, und zwar mit folgender Begründung:

«Das Kreuz versinnbildlicht nicht einzig christliche oder religiöse Gehalte, aber es stellt doch in seiner allgemeinen und vorrangigen Bedeutung einen symbolischen Inbegriff des christlichen Glaubens dar. Diese mit dem Tode Christi verbundene Bedeutung gelangt in besonderem Masse zum Ausdruck, wenn das Kreuz — wie im vorliegenden Falle vorgesehen ist — als Grabzeichen Verwendung finden soll. Die Verpflichtung zu einer solchen Verwendung des Kreuzes verletzt demnach die Garantie der Glaubens- und Gewissensfreiheit.» Als unhaltbar bezeichnet das Bundesgericht aber auch die Ausschliessung des heimischen Jura-Kalksteins für Grabmäler. Wir zitieren dazu aus dem Entscheid:

«Das Verbot, Grabmäler aus Stein zu errichten, geht vom Gedanken aus, anhand verschiedener Kreuzformen die feingliedrige Struktur des Geästes der Bäume auf das Friedhofbild zu übertragen. Dieses Konzept lässt sich jedoch nicht realisieren, weil die Verwendung des Kreuzes als Grabmal ohne Verletzung der Glaubens- und Gewissensfreiheit nicht vorgeschrieben werden kann. Damit entfällt ohne weiteres auch die Grundlage für das Verbot, Stein

als Werkstoff zu verwenden. Das Reglement würde sonst, ohne dass andere Grabmäler als Kreuze untersagt werden könnten, einen Werkstoff ausschliessen, der sich für ein Grabmal — wenn vom beschriebenen Gestaltungskonzept abgesehen wird — in besonderem Masse eignet und dessen Verwendung weitgehend der Tradition der zugerischen Bevölkerung entspricht.»

Und endlich hält der Entscheid des Bundesgerichts fest, dass die für Hünenberg vorgesehene Regelung über den Zweck hinausgehe, dem Friedhof ein würdiges Aussehen zu verleihen: «Der vollständige Ausschluss von Grabmälern aus Stein ist dazu nicht notwendig und greift in schwerer Weise in die Gefühle derer ein, die ihren Verstorbenen ein Grabmal errichten möchten, wie es altem Herkommen entspricht. — Der Gemeinde ist es jedoch unbenommen, auf andere Weise als durch den Ausschluss des Werkstoffes Stein auf eine harmonische und dem Charakter des Waldes angepasste Gestaltung ihres Friedhofes hinzuwirken... Sie kann die Verwendung von Steinarten verlangen, die in der Gegend heimisch sind und sich daher gut in die natürliche Umgebung des Friedhofes einpassen.»

Die Konsequenzen

In Nachachtung dieses Entscheides des Bundesgerichts beauftragte der Einwohnerrat der Gemeinde Hünenberg die Friedhofkommission mit einer entsprechenden Aenderung des Bestattungs- und Friedhofreglementes.

Als Material für die Grabmäler sind nunmehr zugelassen: Schmiedeeisen, Bronze, Kupfer, Holz sowie natürliche Gesteinsarten. Von der Verwendung ausgeschlossen sind: weisser Marmor, rosa Marmor, heller Cristallina-Marmor, geschliffene nordische Granite, maschinell geschliffene Steine, polierte Steine, unsymmetrische Formen, lackiertes Holz, Fotografien.

Bedeutungsvoll sind auch die Voraussetzungen für die Errichtung eines Grabmals: Vor Beginn der Ausführungsarbeiten ist ein Gesuch im Doppel einzureichen, mit vollständigen Angaben über Material, Bearbeitung und Beschriftung sowie einer Zeichnung im Massstab 1:10. Die Friedhofkommission kann zusätzliche Detailzeichnungen oder ein Modell verlangen. (Auszüge und Zusammenstellung: HM)

Arrêt du Tribunal fédéral sur les prescriptions controversées pour les monuments funéraires du cimetière Hünenberg/Zoug

Pas d'exclusion de la pierre naturelle — La prescription de la croix viole la liberté religieuse

Le nouveau règlement du cimetière, approuvé le 13 décembre 1973, par l'Assemblée communale de Hünenberg, n'autorisait, pour des raisons bien considérées, que des croix en fer, fer fondu et en bronze, en bois ou en cuivre, et les exceptions n'étaient tolérées que si des raisons artistiques et esthétiques les justifiaient, et si ni les abords immédiats de la tombe concernée ni la tranquille impression de l'ensemble du cimetière en pâtissaient.

Recours de l'Association suisse des sculpteurs sur pierre et maîtres marbriers

Contre cette résolution de l'Assemblée communale, l'Association suisse des sculpteurs sur pierre et maîtres marbriers, Zurich, a adressé un recours au Conseil d'Etat du canton de Zoug et demanda l'admission du matériau pierre pour les monuments funéraires. Dans le recours, la demande d'admission du matériau pierre est justifiée comme suit:

«Directement concernée par la disposition con-

testée, l'Association l'est d'une part, parce que par l'exclusion de la pierre naturelle comme matériau des monuments funéraires, on la prive pratiquement de la base même de son existence, en ce sens que l'existence professionnelle des membres de l'Association dépend dans une très large mesure du fait que des pierres naturelles puissent être utilisées aussi à l'avenir comme matériau de ces monuments. Directement concernée, l'Association protestataire l'est aussi, dans la mesure où plusieurs sculpteurs actifs dans la région de Hünenberg comptent parmi ses membres.»

En outre, il est dit dans le recours: «L'Association protestataire ne connaît pas les raisons de l'exclusion de la pierre naturelle comme matériau pour les monuments funéraires. Etant donné qu'il est peu probable qu'elles devraient servir à la discrimination de toute une branche professionnelle, il faut admettre que les raisons sont de nature esthétique. Apparemment, on vise à une certaine cohérence de l'ensemble du cimetière en n'autorisant que des matériaux particulièrement bien adaptés aux cimetières et conférant à ces lieux de recueillement et de vénération un air de pureté. Il est juste et incontestable que de tels points de vue entraînent l'interdiction de certaines matières en tant que matériaux. Mais cela mène vraiment trop loin et ne s'explique pas par des raisons objectives si d'une part, on va jusqu'à autoriser des monuments en fer et fer fondu et par ailleurs, on interdit le matériau pierre naturelle. Il est connu, on ose le présumer, que les pierres naturelles sont utilisées depuis des millénaires, pour ainsi dire par tous les cercles culturels, comme monuments funéraires et que le matériau pierre naturelle se prête particulièrement bien au façonnage manuel et artistique.»

Et finalement, on fait valoir «que la disposition contestée viole la liberté du commerce et de l'industrie, garantie par l'Art. 31 de la Constitution, par une mesure de police industrielle et artisanale qui, sans raison, limite les membres de l'Association protestataire dans l'exercice de leur activité professionnelle».

Demande de rejet du recours

Sur ce, l'Assemblée communale de Hünenberg adressa une demande de rejet du recours au Conseil d'Etat du canton de Zoug. Pour justifier cette demande, on fit, entre autre, remarquer qu'aucun des membres de l'Association protestataire n'habite Hünenberg et que l'affirmation, le règlement contesté prive pratiquement l'Association, c'est-à-dire ses membres de la base même de l'existence, n'est pas convaincante.

«Du point de vue esthétique», dit la demande de rejet du recours plus loin «différentes considérations ont été décisives. Le cimetière de Hünenberg se situe au coin d'une forêt. Il est prévu de garder la conception du cimetière forestier aussi grâce à un peuplement en arbres relativement dense. La structure du branchage devrait trouver son équivalent dans la conception des tombes, où sont seules admises des matières qui permettent une réalisation gracieuse des monuments funéraires, un genre de réalisation donc, impossible avec des monuments en pierre. En outre, le cimetière est relativement petit, raison pour laquelle on constatera une exceptionnelle densité des tombes. Ce point de vue justifie également une renonciation aux pierres tombales, étant donné qu'une telle concentration de celles-ci veut être évitée. Une semblable concentration détruirait l'impression générale d'un bosquet. Dans ce cimetière forestier des murs de pierres apparaîtraient. Certes, dans une forêt, des monuments de pierre isolés, comme nous les connaissons des temps anciens, ne dérangent pas; il en va cependant tout autrement, si les pierres tombales surgissent dans une concentration, comme elle serait possible en raison du développement prévu. Rien d'arbitraire au fait d'édicter des prescriptions ayant pour but une certaine homogénéité de l'apparence extérieure, mais aussi de la cohérence intérieure d'un cimetière.

L'opinion, que le règlement contesté des ensevelissements et du cimetière a un but de police industrielle et artisanale, est erronée. La manière d'exercer le métier de marbrier et celui d'autres artisans de monuments funéraires n'est nullement réglementée. Lesdites prescriptions ont pour seul but d'assurer un aménagement tranquille et harmonieux du cimetière.

Il est sans aucun doute vrai que la prescription en question, ne servant qu'à la réglementation, du point de vue esthétique, de l'utilisation d'un établissement de droit public, peut avoir des suites politico-économiques. Il s'agit là d'un phénomène secondaire inévitable de la réglementation d'utilisation. Une telle conséquence politico-économique ne nuit cependant pas à une prescription par ailleurs justifiée, pour autant que ce phénomène secondaire inévitable ne soit pas important, au point d'entraîner des conséquences hors de toute relation raisonnable avec la valeur que la réglementation édictée devrait permettre d'atteindre. L'Association protestataire a certes prétendu que le règlement contesté mettait en danger la base de l'existence des sculpteurs et marbriers suisses. Par rapport au cas concret, l'argument n'est pas défendable. Par contre, il est clair que si une majorité prédominante des communes suisses suivait l'exemple de Hünenberg (ce qui est peu probable), les besoins dans la taille de la pierre diminueraient. Il faut s'en accommoder et aucun intérêt digne de protection légale n'est violé. Les tailleurs de pierre sont là à cause des monuments funéraires et des cimetières et non pas inversement, les monuments funéraires et les cimetières à cause des tailleurs de pierre.»

Prise de position du Conseil d'Etat du canton de Zoug

Le Conseil d'Etat du canton de Zoug, qui doit adopter tout règlement communal, s'associa dans l'essentiel aux arguments de l'Association suisse des sculpteurs sur pierre et maîtres marbriers et adopta le règlement du cimetière, à condition que l'exclusion de la pierre naturelle comme matériau soit annulée et la restriction à la forme en croix abandonnée.

Après quoi, l'Assemblée communale du 23 juin 1975 investit le Conseil municipal de la commune de Hünenberg du droit de recourir, auprès du Tribunal fédéral, contre cette décision du Conseil d'Etat du 22 novembre 1974, pour cause de violation de l'autonomie communale.

Arrêt du Tribunal fédéral

Par arrêt du 5 novembre 1975, le Tribunal fédéral rejette le recours communal et constate que la résolution du Conseil d'Etat ne viole pas l'autonomie de la commune de Hünenberg. L'arrêt du Tribunal fédéral fait remarquer que les habitants de la commune de Hünenberg sont en droit de prescrire des dimensions maximales, pour les pierres tombales, adaptées à la caractéristique du cimetière, d'exiger l'emploi d'espèces de pierres propre à notre région, ainsi que d'établir certaines formes de base simples et d'exclure des techniques de taille pouvant paraître peu naturelles.

Dans son arrêt, le Tribunal fédéral s'appuie, entre autre, sur l'Art. 49, alinéa 2 de la Constitution qui garantit l'inviolabilité de la liberté religieuse et de conscience. Dans la prescription de la croix, le Tribunal fédéral voit déjà une violation de la liberté religieuse et ceci pour les raisons suivantes: «La croix ne symbolise pas uniquement des idées chrétiennes ou religieuses, mais représente tout de même, dans son sens général et prééminent, une incarnation symbolique de la religion chrétienne. Cette signification, liée à la mort du Christ, prend toute son ampleur quand la croix — comme le prévoit le cas présent — sert de monument funéraire. Par conséquent, l'obligation d'une telle utilisation de la croix viole la garantie de la liberté religieuse et de conscience.»

Mais le Tribunal fédéral qualifie aussi d'in-

défendable l'exclusion, pour les monuments funéraires, de la pierre à chaux, propre au Jura. A ce sujet, en extrait de l'arrêt:

«L'interdiction d'ériger des monuments funéraires en pierre se base sur l'idée de transposer la structure gracieuse du branchage des arbres à l'ensemble du cimetière. Cette conception n'est cependant pas réalisable, vu que l'utilisation de la croix comme monument funéraire ne peut être prescrite sans violation de la liberté religieuse et de conscience. Le fondement de l'interdiction, utiliser la pierre comme matériau, est ainsi sans plus supprimé. Sinon le règlement exclurait, sans que d'autres monuments que les croix puissent être prohibés, un matériau qui — si l'on fait abstraction du concept de réalisation décrit — convient particulièrement bien pour un monument funéraire et dont l'utilisation répond largement à la tradition de la population zougnoise.»

Et finalement, l'arrêt du Tribunal fédéral constate que la réglementation prévue pour Hünenberg dépasse le seul but de conférer au cimetière un aspect respectable: «La totale exclusion des monuments en pierre n'est pas nécessaire et viole de manière grave les sentiments de ceux qui aimeraient ériger à leurs morts un monument selon la tradition. La commune est pourtant libre de viser à un aménagement harmonieux et respectant le caractère de la forêt de son cimetière, d'une manière autre que par l'exclusion du matériau pierre... Elle peut exiger l'utilisation d'espèces de pierres propres à la région et donc bien intégrables à l'environnement naturel du cimetière.»

Les conséquences

Pour respecter l'arrêt du Tribunal fédéral, le Conseil municipal de la commune de Hünenberg chargea la commission du cimetière d'un changement en ce sens du règlement des ensevelissements et du cimetière. Les matériaux autorisés désormais pour les monuments funéraires sont: le fer forgé, le bronze, le cuivre, le bois ainsi que les espèces de pierre naturelle. Sont exclus: le marbre blanc, le marbre rose, le marbre Cristallina clair, les granits nordiques polis, les pierres taillées machiniquement, les pierres polies, les formes asymétriques, le bois laqué, les photographies.